

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkontonummer: Dresden 1330
Groszkasse Riesa Nr. 22.

Nr. 224.

Mittwoch, 24. September 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Zeile für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt 10%, wenn der Betrag vorab durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant bezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Tanager & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Aufnahme der Regierungserklärung.

Berliner Pressestimmen.

Der **Lin.** (Funkpruch.) Die Morgenblätter beschäftigen sich ausführlich mit dem Ergebnis des getrennten Kabinettsrates. Die **Deutsche Zeitung** bezeichnet die Haltung des Kabinetts als ein **Ausweichen vor Entscheidungen** und stellt die Frage, wie sich das Reichskabinett weiterhin zur Kriegsschlichtung stellen wolle. Sollte hier ein Verzicht auf die Notifizierung ausgesprochen sein, so müßte schon jetzt schärfer Einspruch erhoben werden. Die **Kreuzzeitung** wirft die Frage auf, wie sich denn das Kabinett die Durchführung der unerlässlichen Garantien denke. Das Blatt spricht die Erwartung aus, daß das Kabinett von diesen Garantien keinesfalls abgeben würde. **Deutsche Tageszeitung** betont, daß man auch in London der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund kühler gegenüberstehe, nachdem sich der französische Einfluß als so ausschlaggebend erwiesen habe. **Vokalanzeiger** bezeichnet die Entscheidung des Kabinetts als das bei der gegebenen Sachlage unbedingt und allein Richtige, soweit es das Formelle betrifft. Die **Deutsche Allgemeine Zeitung** billigt den Beschluß des Kabinetts, der einen guten Ausgangspunkt bilde. **Berliner Tageblatt** erklärt, der Kabinettsbeschluß sei vernünftig und entspreche der Situation. Die Londoner Antwort habe eben keine ausreichende Klärung gebracht, was beweise, daß der französische Einfluß in Genf recht fühlbar geworden sei. Das Blatt hebt insbesondere hervor, daß Deutschland ebenso wenig als Macht zweiten Ranges in den Völkerbund eintreten könne, wie es Frankreich nach 1870 unmöglich gewesen wäre, ohne volle Anerkennung zur Berliner Konferenz zu kommen. **Germania** begrüßt den Kabinettsbeschluß als einen außerpolitischen Fortschritt, der vornehmlich für Deutschland von großem Nutzen sein werde. **Vorwärts** bezeichnet die Voraussetzung der Behandlung Deutschlands als Hauptmacht als allgemein zu billigen und fragt nach den übrigen Bedingungen. Es sei eine Sache des Vertrauens, wie man sich, ohne diese Bedingungen zu kennen, zu der Regierungserklärung stellen wolle.

Der Völkerbund zum Beschluß der Reichsregierung.

Genf. (Funkpruch.) Der Beschluß der Reichsregierung zur Frage des deutschen Beitritts in den Völkerbund, der hier mit großer Spannung erwartet worden war, wurde von allen Delegierten günstig beurteilt. Von maßgebender Seite der französischen Delegation wurde erklärt, daß die von der Reichsregierung getroffene Lösung die einzig richtige nach den gegebenen Umständen sei, da in der gegenwärtigen Phase der Völkerbundsversammlung ein Aufnahmeregime völlig verfehlt gewesen wäre. Es sei nicht ausgeschlossen, daß in der nächsten Völkerbundsversammlung in absehbarer Zeit eine außerordentliche Versammlung sich mit der Aufnahme Deutschlands befassen könne.

Die Pariser Presse zur Entscheidung der deutschen Regierung.

Paris. (Funkpruch.) Zur Entscheidung der deutschen Regierung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund schreibt „Echo de Paris“, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist eine erste Sache. Statt eine Gunst zu sein, um die es nachsucht, ist es jetzt gewissermaßen eine Gefälligkeit, um die es fleht. Dieses Paradoxon ist die Folge der augenblicklichen Politik unserer Regierung, die von dem Wunsch beseelt ist, die Gewalt als Grundlage der Verträge durch freie Zugeständnisse zu ersetzen. Man muß anerkennen, daß Frankreich bei diesen Dingen wieder von England vorangeht worden ist. „Welt Parisien“ schreibt, wie Irland es gestern erklärte, und ohne der Antwort vorzugreifen, die durch Herriot anlässlich der diplomatischen Sondierungen Deutschlands gegeben werden kann, ist es wahrscheinlich, daß der Standpunkt der französischen Regierung der gleiche bleibt, den Herriot in seiner Rede am 7. September in Genf erläuterte. Herriot wird bestätigen, daß er seinen Vortag gegen Deutschland macht, daß aber weder eine Ausnahme gemacht noch ein Privilegium gewährt werden kann und daß man Deutschland in den Völkerbund aufnehmen werde, wenn es keine internationalen Verpflichtungen (Verfaller Vertrag) erfüllt. Das hat der französische Ministerpräsident auch dem englischen Vorkämpfer erklärt.

Das Echo in London.

London. (Funkpruch.) Times schreibt zu dem Kommunikative über das Ergebnis der Berliner Kabinettsitzung, daß Deutschland in den Völkerbund nur eintreten kann als **Großmacht** und mit gleichen Privilegien und Rechten, welche schwerlich bestritten werden. Der Ausdruck **Großmacht** sei zweifellos gebraucht, um einen klaren Stand im Völkerbund zu erhalten. Dieser Anspruch sei nicht eigentlich unangemessen, keine aber bereits in Frankreich starken Widerstand hervorgerufen zu haben, sogar bei den Blättern, die im allgemeinen die Regierung Herriot unterstützen. Etwas beunruhigender sei der letzte Satz mit Bezug auf Garantien nicht nur betreffs der Stellung im Völkerbund, sondern auch betreffs anderer hiermit untrennbar zusammenhängender Fragen. Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund im gegenwärtigen Augenblick wird auf jeden Fall auf erheblichen Widerstand stoßen. Es sei schon ziemlich klar, daß die französische Delegation Deutschlands Eintritt vor der endgültigen Regelung des Sicherheitsplanes nicht begünstige. Wenn Deutschland wirklich seine baldige Aufnahme wünsche, müsse es bezüglich des Inhalts und der Form seines Erklärungs-Beschlusses überlegen.

Daily Chronicle sagt, wenn Deutschland für den wichtigen Platz anerkennen werde, den es innerhalb des Völker-

bundes verlange, werde der Völkerbund selbst ein neues Ansehen gewinnen. Er werde zwar immer noch, solange die Vereinigten Staaten und Rußland nicht Mitglieder seien, seine volle Autorität besitzen, aber ein erster Schritt zur engeren Beteiligung Amerikas an den europäischen Angelegenheiten werde gemacht worden sein, wenn Europa zeigen könne, daß es seine Meinungsverschiedenheiten selbst geregelt habe, um Deutschland innerhalb des Völkerbundes empfangen zu können.

Die Besprechungen mit den Parteiführern.

Berlin. Reichsminister Dr. Warr und Außenminister Dr. Stresemann werden heute Mittwoch die Parteiführer empfangen, um ihnen die Stellungnahme des Reichskabinetts zur Völkerbundsfrage und die beabsichtigte amtliche deutsche Erklärung zur Kenntnis zu bringen. In den parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Haltung der Reichsregierung von den Parteiführern gebilligt werden wird. Auch in den deutschnationalen Kreisen ist man der Auffassung, daß es richtig sein würde, im gegenwärtigen Augenblick nur die Bereitschaft Deutschlands zur Mitarbeit am Völkerbund zum Ausdruck zu bringen.

Besondere Besprechungen mit den deutschnationalen.

Berlin. Im Anschluß an die Parteiführerbesprechung werden, wie wir hören, besondere Verhandlungen zwischen Dr. Warr, Dr. Stresemann und den deutschnationalen Führern stattfinden, die sich hauptsächlich um die mit der Regierungszusammenhangenden Fragen drehen werden. Die deutschnationalen Führer sind entschlossen, schon jetzt in der geeignetsten Weise der Reichsregierung den Standpunkt der Partei zur Kenntnis zu bringen, wonach es für die deutschnationale Reichstagsfraktion entscheidend sein wird, daß unverzüglich die Vorbereitungen zur Umbildung der Reichsregierung eingeleitet werden.

Tagung Deutscher Außenhandelskammern.

Die Tagung der Deutschen Außenhandelskammern nahm gestern mit einer Vorbesprechung der Vertreter Deutscher Außenhandelskammern und Deutscher Wirtschaftlicher Vereinigungen im Auslande im Sitzungssaal der Berliner Handelskammer ihren Anfang. Deutsche Handelskammern im Auslande befinden sich in der Schweiz, in Spanien, Ungarn, Italien, Desterreich, Finnland, Nordamerika, Mexiko, Cuba, Haiti, Chile, Bolivien, Argentinien, Uruguay, Peru, Brasilien, Niederländisch-Indien, Japan und China. In China befinden sich deutsche Handelskammern in Schanghai, Tientsin, Tsintau, Tsinanfu und eine reichsdeutsche Vereinigung in Harbin.

Die Berliner Tagung ist vom Deutschen Industrie- und Handelsverein veranstaltet. Vertreter aller deutschen Handelskammern und Firmenvverbände im Auslande sind damit zum ersten Male wieder in der Heimat vereinigt. Die deutschen Handelskammern im Auslande unterscheiden sich von den inländischen Organisationen vor allem dadurch, daß sie rein private Einrichtungen der deutschen Handelswelt zur Vertretung ihrer Interessen sind. Eine finanzielle Unterstützung von Seiten des Reiches erhalten sie nicht. Durch die Tagung sollen für die gemeinsame Zukunftsarbeit Anregungen gegeben werden.

Am Abend fand ein **Begrüßungsabend** statt, auf dem Präsident v. Wendelslohn, Reichspräsident Ebert, Außenminister Dr. Stresemann und andere Anwesende hielten.

Nach der Begrüßungsansprache ergriß der Reichspräsident

das Wort zu folgenden Ausführungen: Ich begrüße es aufrichtig, daß der Deutsche Industrie- und Handelsstag die Vereinigungen, die sich die Auslandsdeutschen zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen gesellen haben, zu einer Tagung und Beratung in die Heimat lud. Namens des Deutschen Reiches, namens des deutschen Volkes heiße auch ich Sie in der Heimat herzlich willkommen. Das deutsche Volk dankt es Ihnen, daß Sie auch aus fernen Weltteilen erschienen sind, um mit der Heimat in dieser für Deutschlands Zukunft Richtung gebenden Zeit über die schweren Aufgaben zu beraten, die vom deutschen Volke zu leisten sein werden. Ihr Erscheinen verkörpert das starke Gefühl der Zusammengehörigkeit. Das deutsche Volk dankt Ihnen für alles, was Sie draußen als Pioniere unmittelbar für die deutsche Heimat getan und geleistet haben. Jeder Deutsche, der im Auslande wirkt, möge auch die Verpflichtung gegen sein Volk in sich fühlen, durch seine Handlungen Zeugnis davon abzulegen, daß das heutige Deutschland trotz seiner Not mit Recht Anspruch auf Vertrauen erhebt. Im Bewußtsein dieser Pflicht werden die Deutschen im Auslande ihrem schwer ringenden Volke am besten dienen. Dieses Vertrauen im Auslande wie das gegenseitige Vertrauen der Auslandsdeutschen mit der Heimat sind erforderlich, um die harten Notwendigkeiten zu ertragen und die schwere Arbeit zu erleichtern, die erforderlich ist, um die im Londoner Abkommen übernommenen schweren Verpflichtungen zu erfüllen. Die Erfüllung dieser Verpflichtungen aber legt voraus, daß Deutschland wieder wie früher an der Weltwirtschaft teilnimmt. Unter den Kräften, die in dieser Richtung wirken und die die wirtschaftliche Weltbeschreibung antreiben, sind die Außenhandelskammern zu wichtiger Mitarbeiter berufen. Sie werden uns helfen und dazu beitragen, daß der Gedanke weltwirtschaftlicher Zusammengehörigkeit und Gleichberechtigung aller Völker vertieft und nährbringend für alle gestaltet wird. Möge die Tagung reich sein an Anregungen und Gewinn zum Besten aller Deutschen drinnen und draußen, zum Besten des Vaterlandes und der Zukunft. Mit diesem Wunsche heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen in der Heimat.

Nach der Rede des Reichspräsidenten ergriff

Minister Dr. Stresemann

das Wort und führt u. a. aus: Wenn die Reichsregierung den Londoner Abmachungen zustimmt, so tut sie es vor allem, um bessere Verhältnisse für die deutsche wirtschaftliche und industrielle Situation zu schaffen. Nichts hat uns mehr geschadet, nichts hat die Initiative unserer Kaufleute mehr zurückgedrängt, als die Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse. Größer als je gefährdet, sind die Läden, die uns anerkennen. Nur der Glaube an Deutschlands Zukunft läßt uns diese Läden tragen, und die Hoffnung, daß wir die Arbeitskraft finden, die zum Wiederaufbau notwendig ist.

Die heutige Vollversammlung.

Berlin. (Funkpruch.) Im großen Sitzungssaal der Handelskammer zu Berlin fand heute die **Vollversammlung** der deutschen Außenhandelskammern statt. Vorher war der Hauptauschuss zu einer Sitzung zusammengetreten. Es wurde folgende **Entscheidung** angenommen: Der Hauptauschuss des deutschen Industrie- und Handelsstaates stellt fest, daß sich die **Anordnung der Geschäftsaufsicht** nach der Verordnung vom 14. Juni d. J. im großen und ganzen bewährt hat. Die Neuschaffung der Verordnung soll zurückgestellt werden, bis Erfahrungen für eine längere Zeit vorliegen und die wirtschaftlichen Verhältnisse sich mehr geklärt haben.

Geplantes Attentat auf Herriot.

Paris. (Funkpruch.) Gestern nachmittag kurz vor der Abreise des Ministerpräsidenten aus Rambouillet übergab eine Dame dem wachhabenden Posten einen geladenen Revolver und erklärte, daß sie die **Absicht gehabt habe, auf den Ministerpräsidenten zu schießen**, weil er die Politik Caillaux und Malvy unterstützt habe. Sie habe ihr Vorhaben im letzten Augenblick aufgegeben, weil die Persönlichkeit Herriot's auf sie einen großen Eindruck gemacht habe.

Paris. (Funkpruch.) Die Morgenpresse beschäftigt sich eingehend mit dem geplanten Attentat der Frau Vinot in Rambouillet auf Herriot. Die Presse stellt einstimmig fest, daß es sich zweifellos um eine **etwas geistig gestörte Person** handele, die außerdem keinen guten Verstand besitze. Sie habe 1922 gewisse Schwärzereien begangen und sei deshalb mit Gefängnis bestraft worden. Sie habe schon während des Krieges und vor demselben Vertragsverstehe unternommen, sei aber nicht weiter verfolgt worden. In ganzem sei sie seit 1910 fünfmal wegen Betrugs verurteilt worden.

Beränderte Haltung der Reichsregierung in der Zollfrage.

Berlin. Angesichts der hohen Getreidepreise waren schon in den letzten Tagen in Regierungskreisen Bedenken entstanden, ob man die **Zollvorlage** in ihrer jetzigen Gestalt unverändert vor den Reichstag bringen sollte. Diese Bedenken werden nun wesentlich verstärkt durch die Tatsache, daß die preussischen Regierungsparteien es einstimmig abgelehnt haben, bei dieser Lage der Dinge hohe Schutzzölle für Getreide einzuführen. Die preussische Regierung hat aus dieser Haltung die Anregung entnommen, bei der Reichsregierung noch einmal vorzutreten und auf eine **grundlegende Veränderung der Vorlage** zu dringen. Sie hofft unumwunden, daß dieser Schritt Erfolg haben wird, als auch in den Reichstagsfraktionen der Regierungsparteien immer mehr Stimmen laut werden, die solche Schutzzölle im Augenblick für unangebracht halten und die Frage der Getreideschutzzölle auf einen späteren Zeitpunkt vertagt sehen möchten. Die Reichsregierung hat noch nicht abschließend Stellung genommen und wird voraussichtlich in einer besonderen Sitzung, die aber erst Anfang des nächsten Monats stattfinden dürfte, sich mit der Frage beschäftigen.

Um die dritte Steuernotverordnung.

Berlin. Der Unteranschuß des 18. Reichstagsausschusses, der sich mit der **Aufwertungsfrage** beschäftigt, wird seine Beratungen heute wieder aufnehmen. Der **Vokalanzeiger** berichtet in diesem Zusammenhang, daß in diesen Tagen der Fürstbischof von Breslau Kardinal Vertram als Sprecher der Fuldaer Bischofskonferenz ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet hat, in dem es heißt: In weiten Volksteilen hat sich die Ueberzeugung gefestigt, daß die dritte Steuernotverordnung nicht aufrecht zu erhalten ist. Namens der auf der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Oberhirten deutscher Diözesen richtet ich an Ew. Excellenz die dringende Bitte, baldigst einer Aufhebung der dritten Steuernotverordnung näherzutreten und eine Regelung herbeizuführen, die den Anforderungen der Moral und der Gerechtigkeit entspricht.

Die Zepplinfahrt auf Donnerstag verhöben.

Friedrichshafen. Bei der außerordentlich unsicheren Wetterlage, die mit ziemlicher Sicherheit sehr böig und regnerisches Wetter erwarten läßt, ist die große Zepplinfahrt des „Z III“ vorerst auf **Donnerstag** verhöben worden.